

Osnabrücker Jahrbuch
Frieden und Wissenschaft
17 / 2010

Auf der Suche nach Gemeinsamkeit

Gesellschaften in sozialer, religiöser und
ethnischer Vielfalt

■ OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2009

■ MUSICA PRO PACE 2009

■ BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der
Universität Osnabrück

V&R unipress

978-3-89971-620-7

Inhalt

Vorwort der Herausgeber	7
Editorial	9

I. OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2009

<i>Kinder – von Armut und Chancenlosigkeit bedroht?</i> Mit Mechthild Ross-Luttmann, Ekin Deligöz und Christoph Butterwegge	15
---	----

<i>Staat und Religionen heute</i> Mit Antje Vollmer, Christian Wulff und Peter Steinacker.	37
---	----

<i>Yes, we can! – Weltpolitische Neuorientierung der Weltmacht USA?</i> Mit Jackson Janes und Karsten D. Voigt	59
---	----

<i>Failed States – Versagende Staatlichkeit als Risiko für den Frieden</i> Mit Gunter Pleuger, Lotte Leicht und Ulrich Schneckener	83
---	----

István Hiller, Budapest <i>Europa sieht Deutschland: Ungarns Weg in die Europäische Gemeinschaft</i>	109
---	-----

<i>Die Integration der Zuwanderer und ihrer Familien im europäischen Vergleich</i> Mit Armin Laschet, Paul Scheffer und Wolfgang Zank	123
--	-----

II. MUSICA PRO PACE – KONZERT ZUM OSNABRÜCKER FRIEDENSTAG 2009

Stefan Hanheide, Osnabrück

Demaskierung der politischen Verführung und ihrer Musik.

Zu Mauricio Kagels Hörspiel »Der Tribun« (1979) 151

III. BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Thomas Vogtherr, Osnabrück

Juden, Christen und Muslime –

Gab es ein Europa der drei Religionen im Mittelalter? 159

György Széll, Osnabrück

Das Ende der Blockkonfrontation.

Die Veränderung der Welt nach dem Fall des Eisernen Vorhangs . . . 177

Rainer Werning, Köln

Krisenkataster Südphilippinen. In einer der ältesten Konfliktregionen

Südostasiens verlief der Friedensprozess bislang im Zick-Zack-Kurs . 199

IV. ANHANG

Referentinnen und Referenten, Autorinnen und Autoren 219

Abbildungsnachweis 225

Yes, we can! – Weltpolitische Neuorientierung der Weltmacht USA?

Podiumsveranstaltung in der Aula der Universität
am 26. Mai 2009

Dr. Jackson Janes

Direktor des American Institute
for Contemporary German Studies
der Johns Hopkins University,
Washington D.C.

Karsten D. Voigt

Koordinator der Bundesregierung
für die deutsch-amerikanische
Zusammenarbeit, Berlin

Prof. Dr. Rainer Eisfeld

Universität Osnabrück –
Gesprächsleitung

Rainer Eisfeld: Kurz nach Amtsantritt des neuen US-Präsidenten *Barack Obama* verweigerte ihm der amerikanische Senat mit großer Mehrheit die beantragten Mittel für die Schließung des Lagers Guantánamo. Dies zeigt, dass in der Präsidentialdemokratie USA der Präsident keineswegs allmächtig ist. Der Kongress hält die *purse strings*, d.h. er kontrolliert die Finanzen und kann dem Präsidenten damit politische Zügel anlegen.

Der Titel dieser Veranstaltung zitiert das zum Gemeingut gewordene Wahlkampfmotto Obamas. Aber wir wollen den Blickwinkel erweitern: 2008 erschien in den USA das Buch *America and the World: Conversations on the Future of American Foreign Policy*. Die Verfasser sind *Zbigniew Brzezinski* und *Brent Scowcroft*. Letzterer ist Parteimitglied der Republikaner; er war Luftwaffenoffizier und Sicherheitsberater der US-Präsidenten *Gerald Ford* und *George Bush sen.* Brzezinski dagegen gehört der Demokratischen Partei an, ist Zivilist und war Sicherheitsberater Präsident *Jimmy Carters*. Beide nach politischen Affinitäten und Strategien

durchaus gegensätzliche Charaktere gelangen übereinstimmend zu folgenden Feststellungen:

Erstens gab es gegenüber den USA noch nie so viel Feindseligkeit in der Welt wie am Ende der Ära *George W. Bush*. Besonders der Irakkrieg habe im Nahen Osten Verbitterung und Hass »bis zur Siedehitze« gesteigert.

Zweitens sei auf die Anschläge am 11. September 2001 eine Phase amerikanischer Arroganz gefolgt, in der die Meinung vorherrschte, es läge nur noch in der Hand der USA, Kriege zu beginnen, zu verhindern und zu beenden. Diese Arroganz war selbstzerstörerisch.

Drittens sei in den USA eine »nationale Hysterie« ausgebrochen. Die Angst, von der Regierung Bush bewusst geschürt, habe die amerikanische Gesellschaft empfänglich gemacht für Demagogie. Anstelle einer ›Kreuzzugsmentalität‹ seien aber Offenheit und die Bereitschaft, mit den Gegnern zu sprechen, erforderlich. »Wir müssen mit der Hamas sprechen, wir müssen mit dem Iran reden, ohne auf Vorleistungen zu bestehen«, so Scowcroft und Brzezinski, »Gewaltandrohungen helfen der eigenen Verhandlungsposition gar nicht, und der Einsatz von Gewalt hätte katastrophale Folgen«.

Diese deutlichen Worte belegen, dass die Bereitschaft zur Abkehr von Positionen der Ära Bush weit ins politische Establishment der USA hineinreicht. Der Senatsbeschluss, der die vom Präsidenten angestrebte Schließung von Guantánamo blockierte, zeigt aber auch, wie schnell vordergründiger Konsens an den Klippen harter Interessen scheitern kann. Kein Senator und kein Abgeordneter bis weit in die Demokratische Partei hinein wollte in seinem Wahlkreis ehemalige Guantánamo-Häftlinge akzeptieren. Sie befürchteten, der parteipolitische Gegner könne ihnen dies als ein der Bevölkerung unnötig aufgebürdetes Sicherheitsrisiko vorhalten.

Das politische System der USA weist gegenüber politischen Veränderungen also eine Vielzahl von Vetopositionen auf. Unsere Gesprächspartner werden uns auch in dieser Hinsicht genauere Einsichten ermöglichen.

Jackson Janes: Es war *Otto von Bismarck*, der einmal sagte, Gott habe eine besondere Vorsehung für Idioten, Betrunkene und die Vereinigten Staaten von Amerika. Zu Bismarcks Lebzeiten waren die USA noch nicht die bedeutende globale Großmacht, die sie einmal werden sollten, sondern vielmehr ein Land, das gerade einen Bürgerkrieg überstanden hatte und vor großen wirtschaftlichen Herausforderungen stand. Bis zum Ende des 20. Jahrhunderts aber waren die USA zur mächtigsten Nation der Welt aufgestiegen. Als Erklärungen für diese Entwicklung gelten seine starke Wirtschaft, große militärische Stärke und seine lebendige Demokratie, aber auch das Eintreten eines ›unipolaren Moments‹ nach dem Ende des Kalten Krieges. Dass es diesen Zeitpunkt gegeben hat, ist zweifelhaft, denn trotz

der enormen Macht der USA gab es Regionen und Konflikte, die die Vereinigten Staaten nicht kontrollierten oder hätten kontrollieren können wie etwa Korea, Vietnam, Myanmar, Ruanda oder den Nahen Osten. Auch konnten die USA Nordkorea, Pakistan und Indien nicht von der Entwicklung nuklearer Waffentechnologie abhalten. Und jahrzehntelang standen sich die USA und die Sowjetunion gegenüber, jederzeit bereit, Kernwaffen einzusetzen, während sie gleichzeitig in aller Welt Stellvertreterkriege führten.

Leider waren auch die USA nicht in der Lage, die Anschläge des 11. September 2001 abzuwenden.



Rainer Einfeld und Jackson Janes

Amerika ist ein mächtiges Land. Aber um diese Macht effektiv zu nutzen, braucht es Partner. Sicher können die USA wie keine andere Macht überall auf der Welt ihr militärisches Potenzial einsetzen. Sie unterhalten Streitkräfte in einer Größenordnung von 200.000 Personen auf 766 Stützpunkten in 40 Ländern. Mit dieser Kapazität können die USA nicht nur militärischen Krisen begegnen. Sie können auch auf Krisen reagieren, die von Tsunamis oder Erdbeben verursacht werden, so wie kein anderes Land es vermag. Allerdings geben die USA einerseits für ihre Verteidigung mehr Geld aus als die meisten Nationen der Welt zusammen. Und sie bleiben andererseits doch immer auf die Zusammenarbeit mit ihren Partnern angewiesen. Als weltweit größte Volkswirtschaft haben die USA zwar enormen Einfluss, was positive Wirkungen auf die Welt hat, aber, wie die aktuelle Finanzkrise zeigt, auch negative. Die USA sind die größte Schuldernation der Welt. Ihr Staatshaushalt weist enorme Defizite auf, die

weiter wachsen werden und schon jetzt Besorgnisse über die langfristige Stabilität des Dollars auslösen. So gewinnen andere Wirtschaftsmächte wie die Europäische Union und China an Stärke, und der Euro wird zunehmend gegenüber dem US-Dollar als alternative globale Währung gesehen.

Aber die Debatte über die amerikanische Macht und Einflussnahme auf dem Globus ist so alt wie das Land selbst. Bereits zu Zeiten, als die USA noch ohne besonderen Einfluss waren, wurde die Ansicht vertreten, dass es Amerikas globale Rolle sei, mit der Macht des *Beispiels* zu führen. Andere argumentierten, es sei umgekehrt das Beispiel der *Macht*, das andere Länder dazu bewegen könne, Amerika zu folgen. Diese Debatte dauert an. Wahlweise wird die *soft power* der USA für die Kraft gepriesen, zu überreden, zu überzeugen, zu bewegen. Oder es wird von der US-Regierung gefordert, *hard power* zu zeigen, sprich die Macht politischen Willens zu demonstrieren und diese gegebenenfalls mit der Androhung oder mit der tatsächlichen Anwendung von Gewalt durchzusetzen.

Die Schwächen beider Ansichten sind in den letzten Jahren offensichtlich geworden. Zu Anfang der 1990er Jahre, als man unter der Präsidentschaft von *Bill Clinton* zögerte, die Bürgerkriege auf dem Balkan und den Völkermord in Uganda zu stoppen, zeigte sich die mangelnde politische Überzeugungskraft der USA. Und die Grenzen der Anwendung militärischer Gewalt wurden unter der Präsidentschaft von Bush im Irak und in Afghanistan erreicht. Außerdem konnte nicht verhindert werden, dass sich auch andere Länder *hard power* in Form von Atomwaffen beschafften.

Heute erleben wir sowohl Kontinuität als auch einen Wandel in der amerikanischen Debatte hinsichtlich der Prioritäten für das 21. Jahrhundert. Als Präsident Obama den Amtseid ablegte, waren die meisten Reaktionen in der Welt äußerst positiv, besonders in der Bundesrepublik. Schon der Umstand, dass Obama der Präsidentschaft von George W. Bush ein Ende machte, reichte aus, um viele Menschen in Begeisterung zu versetzen. Aber nun sieht sich Präsident Obama den gleichen Problemen gegenüber, mit denen schon frühere Präsidenten konfrontiert waren: Die Verhinderung der Verbreitung von Kernwaffen, terroristische Anschläge, der Klimawandel, die Sicherheit der Energieversorgung und die weltweite wirtschaftliche Rezession sind Herausforderungen, die bereits auf den neuen Bewohner des Weißen Haus gewartet haben.

Die Fähigkeit einer großen Macht, wie es die USA sind, diese Herausforderungen des 21. Jahrhunderts anzugehen, wird dadurch eingeschränkt, dass viele Probleme eben nicht durch *militärische* Mittel zu lösen sind. Die Vorstellung, Konflikte mit militärischer Gewalt lösen zu können, ist in vielen Fällen an Grenzen gestoßen, sei es im Nahen Osten, in Afrika oder in Teilen von Arabien. Die politische Instabilität bestimmter wichtiger Länder – Ägypten, Saudi-Arabien, Jemen und vor allen Dingen Pakistan –

spielt hier ebenso eine Rolle, wie der in den USA laufende Konkurrenzkampf um Macht und Legitimität oder die Bedrohung durch den Extremismus. Die Art, mit der die USA noch vor 20 Jahren in Panama vorgegangen sind – Invasion, militärische Entscheidung und die Einsetzung einer neuen Regierung innerhalb von vier Wochen – unterscheidet sich stark von den Ereignissen der letzten sechs Jahre in Irak und der letzten acht Jahre in Afghanistan. *Failed* oder *failing states*, gescheiterte Nationen oder Staaten, können ein Nährboden sein für Leute, die den Besitz von Massenvernichtungswaffen anstreben, oder auch für moderne Piraten.

Genauso wenig sind allein *wirtschaftliche* Mittel geeignet, die Probleme zu lösen. Immer noch gibt es überall auf der Welt Wurzeln ethnischer Konflikte oder nationalistischer Ideologien. Erhalten sie Nahrung, kann dies zu endlosem Leid führen. Hinzu kommen Gefahren wie Pandemien, sich rasch ausbreitende Krankheiten, Hungerkrisen sowie der Mangel an Wasser auf dem Globus. Solche Entwicklungen können Millionen von Menschen zur Massenmigration zwingen. Allein in den nächsten zwei Jahrzehnten wird sich die arabische Bevölkerung verdoppeln, während der Vorrat an Grundwasser in der Region erheblich zurückgehen wird.

Kein Land kann diese Probleme allein lösen. Die Neuverteilung der Macht hat sich international vor allem in der Wirtschaft vollzogen. In der globalen Wirtschaft zwingt die gegenseitige Abhängigkeit die Länder, neue Wege zu finden, um ihre wirtschaftliche Sicherheit und Stabilität sowohl innerhalb der eigenen Grenzen als auch darüber hinaus zu sichern. Staaten können ihre wirtschaftliche Macht verstärkt für das Erreichen außenpolitischer Ziele nutzen oder, wie z.B. beim Export von Öl, für geschäftliche Ziele. Die zunehmende Verflechtung der Länder macht es jedenfalls wesentlich schwerer, einen Konsens zu finden. Gleichzeitig wird es für viele Länder aufgrund der gegenseitigen Abhängigkeit aber immer wichtiger, gemeinsame Vereinbarungen zu treffen. Unter diesen Rahmenbedingungen hat sich die Bedeutung der USA im internationalen System keineswegs verringert. Aber offensichtlich muss die neue Weltordnung zahlreiche neue Akteure mit einbeziehen. Dies zeigen deutlich die Treffen der G20-Runde, ebenso wie die große Aufgabe, die dem Internationalen Währungsfonds bei der Bewältigung der derzeitigen wirtschaftlichen Krise zugedacht ist. Daraus ergibt sich immer deutlicher der Zwang, die international bestehende gegenseitige Abhängigkeit und Unentbehrlichkeit anzuerkennen.

Die USA sind noch immer ein *global leader*, besser gesagt, sie sind eine globale *Macht des Ausgleichs*. Zu führen bedeutet aber nicht zu herrschen. Gemeint ist in erster Linie die Fähigkeit, bei der Lösung von Problemen den Weg zu weisen. Verteidigungsminister *Robert Gates* hat sein Verständnis amerikanischer Führungskapazität kürzlich so formuliert:

»Erfolg ist weniger eine Frage der Fähigkeit, anderen seinen Willen aufzuzwingen. Vielmehr ist es eine Frage der Fähigkeit, das Verhalten von anderen zu gestalten. Sowohl das unserer Freunde, als auch das unserer Gegner, aber vor allem das der vielen Menschen dazwischen.«

Ob man damit erfolgreich ist, wird aber auch davon abhängen, wie die Akteure, die an der Lösung von Problemen unter der Führung der USA beteiligt sind, die Fortschritte beurteilen. Was im eigenen Interesse liegt, ist oft leichter zu erkennen, wenn man auch andere Interessen berücksichtigt. In einer Welt, in der Macht immer diffuser verteilt ist, ist es umso wichtiger, dass jeder das Gefühl hat, an der Problemlösung beteiligt zu sein.

Wie können sich die Vereinigten Staaten im 21. Jahrhundert am besten einbringen und beteiligen? *Fareed Zakaria*, der Politologe und Herausgeber des Nachrichtenmagazins *Newsweek International*, fordert, dass die Vereinigten Staaten die Rolle eines ›ehrlichen Maklers‹ übernehmen sollen, eine Rolle, die im späten 19. Jahrhundert Deutschland für eine kurze Zeit innehatte, wie Zakaria meint. Die Rolle der USA solle es sein, nicht als herkömmliche Supermacht aufzutreten, sondern ihre Beziehungen zu den wichtigsten Ländern der Erde in Form von Konsultationen, Kooperationen und Kompromissen zu gestalten. Die USA könnten ihren Einfluss wahren, indem sie die Tagesordnung und die Themen festlegen sowie Koalitionen mobilisieren, nicht aber, indem sie einfach von oben herab Entscheidungen treffen und dann die Welt informieren, schrieb Zakaria.

Heutzutage beruht Macht auf der Fähigkeit, Koalitionen zu schmieden, mit denen die globalen Probleme und Bedrohungen gelöst oder zumindest bewältigt werden können. Der sogenannte *stakeholder*-Ansatz, der davon ausgeht, dass alle Interessengruppen ein Mitspracherecht haben und sich in den Entscheidungsprozess eingebunden fühlen müssen, gewinnt zunehmend an Bedeutung. Präsident Obama hat die Möglichkeit, bei der Bewältigung der bereits genannten globalen Probleme für die USA die Prioritäten zu setzen. Aber wie können die Vereinigten Staaten ihre Möglichkeiten am effektivsten nutzen? Die Wirkungen amerikanischer Macht und Diplomatie hängen nicht nur davon ab, wie effektiv ihre Instrumente eingesetzt werden, sondern auch von der Wirksamkeit der Strategien und von der Art der Ziele, die sie verfolgen.

Die Jahre der Bush Administration waren geprägt von Maßnahmen, die es sowohl an Diplomatie als auch an Kompromissfähigkeit fehlen ließen. Bush war mehr oder weniger ein Gefangener seiner eigenen ideologischen Unbeweglichkeit. Das Beispiel lehrt: Politische Grundsätze dürfen nicht zur Zwangsjacke werden. Beharrlichkeit sollte nicht dazu führen, notwendige Veränderungen zu verweigern.

Wichtig ist auch, die Kraft der eigenen Legitimität aufrechtzuerhalten. Unterstützung für Politik im In- und Ausland zu generieren, ist eine Notwendigkeit. In einer Welt, in der jedes Land Entwicklungen und Ereignisse auf seine Weise interpretiert, ist es für die amerikanische Außenpolitik entscheidend, um öffentliche internationale Unterstützung zu werben. Den ›Kampf der Ideen‹ wirkungsvoll zu führen, ist unverzichtbar, wenn die US-Außenpolitik erfolgreich sein soll. Erst dann zeigt sich nicht nur, was Amerika tut, sondern auch, was Amerika *ist*.

Präsident Obama richtet die Aufmerksamkeit der Welt wieder auf das, was Amerika ist. Wie erfolgreich er damit sein wird – vor allem in den Regionen der Welt, die mit anscheinend unlösbaren oder hoffnungslosen Problemen konfrontiert sind –, hängt von seiner Fähigkeit ab, die USA mittels Kooperation und abgestimmtem Vorgehen mit anderen Ländern zu einer Stärkung ihrer Macht zu führen.

Hoffen wir, dass Gott nicht nur für Idioten, Betrunkene und die Vereinigten Staaten von Amerika eine besondere Vorsehung hat, wie Bismarck meinte, sondern vielleicht für uns alle. Wir sind in ein neues Zeitalter wachsender gegenseitiger Abhängigkeit eingetreten. Nur gemeinsam können wir den Herausforderungen und Problemen des 21. Jahrhunderts begegnen.

Karsten D. Voigt: Amerika war immer Macht und Idee zugleich, aber in historisch sehr unterschiedlichen Ausprägungen. George Bush und Barack Obama verkörpern diese Unterschiede geradezu. Von Bush konnte man den Eindruck gewinnen, er hielte Gott für einen Amerikaner, und indem er, Bush, amerikanische Interessen vertrete, vertrete er das Gute schlechthin. Wer dem nicht zustimmte, war in den Augen der Bush-Gefolgsleute nicht nur anderer Meinung, sondern moralisch ambivalent. Kurz nach Beginn des Irakkriegs, als ich im Büro von Vizepräsident *Dick Cheney* im Weißen Haus Einwände gegen den Irakkrieg und die Strategie einer ›schnellen Demokratisierung‹ vorbrachte, wurde mir entgegnet: ›Ihr Deutschen habt ja immer ein ambivalentes Verhalten zur Demokratie gehabt. Darum wundert es uns nicht, dass ihr jetzt gegenüber diesem Konzept Einwände habt.‹ Meine Argumente waren kein Anstoß zur Besinnung gewesen, sondern eher zu Selbstbestätigung.

Solche Erfahrungen lassen erkennen, dass in den USA in der Zeit kurz nach *Nine Eleven* die *Checks & Balances of Power*, die sonst immer gut funktioniert hatten, teilweise außer Kraft waren.

Obama steht für eine andere politische Vorstellung: Er vertritt ebenfalls nicht nur eine Idee, sondern auch die Macht – dies allerdings eher in Anlehnung an *Martin Luther King*, der seine politischen Vorstellungen als »seinen Traum« bezeichnete. Das war der Traum einer Welt, mit der sich

nicht nur Amerikaner identifizieren konnten, sondern zahllose Menschen in vielen Ländern der Erde, die ähnliche Ideen hatten. Auch hierbei sind Machtmittel – auch militärische – für den Präsidenten wichtig. Aber vor allem ist es die Idee der *Vorbildlichkeit* dieser Herrschaft, die für sie einnimmt. Obama schaut in anderer Weise auf die Welt als Bush, aber gleichwohl auf amerikanische Art. Er ist gewählt worden, auch weil er Teil der amerikanischen Kultur ist und weil er amerikanische Interessen vertritt. Trotzdem ist er der beste Präsident, den die Europäer gegenwärtig in den USA erwarten können. Alternativen gibt es weder jetzt noch in den nächsten Jahren: Während Bush seinerzeit vom Kongress gedrängt werden musste, um das Problem des Klimawandels anzupacken, wird heute Obama in seiner Absicht, schnell geeignete Maßnahmen zu ergreifen, vom Kongress eher behindert. Obama ist in dieser Frage und vielen anderen Vorreiter in einer Richtung, mit der die überwiegende Mehrheit der Deutschen sympathisiert.

In der Klimapolitik wird auch die politische Substanz Obamas erkennbar: Während Bush am Ende seiner Amtszeit widerstrebend einräumte, dass das Problem tatsächlich bestehe, ist die Klimapolitik für Obama offenbar langfristig ebenso wichtig wie der Krieg in Afghanistan und Irak oder wie der internationale Terrorismus. Betrachtet man sein Konjunkturprogramm sowie die Gesetzesvorhaben, die er in den Kongress eingebracht hat, wird klar, dass er unter den gegebenen Bedingungen eine Vorreiterrolle einnimmt, so gut es eben geht. Das Gleiche gilt im Hinblick auf Abrüstungsfragen. ›Abrüstung‹ war lange fast ein Fremdwort in den USA. Dass man nun mit Russland erneut über die Begrenzung nuklearer Rüstung verhandeln will, ist bemerkenswert, auch wenn man nicht sofort die völlige Abschaffung der Nuklearwaffen wird erreichen können, wie es Kissinger, Scowcroft und andere vorschlugen. Wenigstens eine Einhegung und Verringerung von Nuklearwaffen kann erreicht werden. Deutschland wird zusätzlich das Ziel einbringen, auch konventionelle Abrüstungsschritte zu vereinbaren.

In diese Richtung geht der Trend, und dass dabei nicht nur den Amerikanern, sondern auch den Russen das Verfolgen legitimer Interessen zugestanden wird, erhöht die Erfolgsaussichten. Dabei dürfen sicherlich die Gesichtspunkte der Ostmitteleuropäer in Polen, Tschechien und in den baltischen Staaten nicht aus dem Blick geraten.

Zielorientiert begegnet die US-Regierung auch der Wirtschafts- und Finanzkrise. Hier werden die Probleme nicht nur benannt, sondern es wird in dieser Frage ganz undogmatisch über staatliche Interventionen im Rahmen des Möglichen und staatliche Regeln geredet.

Immer wieder bekam ich bei meinem letzten USA-Aufenthalt zu hören, Obama sei ein Sozialist. Ich habe stets heftig widersprochen. Aber in

seinem Beharren auf gesetzlichen Investitionsvorgaben, in seinen Plänen zu einer Gesundheitsreform und in seinem Beharren darauf, mithilfe der Steuergesetzgebung mehr soziale Balance im Land zu realisieren, kommt Obama dem, was die Deutschen unter sozialer Marktwirtschaft verstehen, näher als jeder andere Politiker in den USA.

Und wie er spricht! In Amerika konnte man bisher häufig den Eindruck gewinnen, dass mit Leuten, die man nicht mag, auch nicht geredet wird. Für Obama ist das Sprechen mit anderen aber nicht etwa Belohnung für



Karsten Voigt

deren Loyalität, sondern ein Mittel, um die Welt zu verändern. In Amerika ist, parteiübergreifend, als geistesgeschichtliches Erbe oft die Meinung anzutreffen, wer mit Bösen verkehre, werde selbst böse. So muss es schon als mutig gelten, wenn Obama überhaupt mit Iran und Syrien, aber auch mit Russland reden will. Es ist nämlich, auch unter den Demokraten, durchaus strittig, ob dies sein dürfe.

Amerika ist nicht von einem Tag auf den anderen völlig umgekrempelt worden. Es gibt viele Konstanten. So wie es schon in der Zeit von George Bush die Demokraten und die

Obamas gab, ist heute unter den Konservativen etwa *Sarah Palin* weiterhin populär, ebenso wie ein weiterer Mitbewerber um die Präsidentschaftskandidatur, der ehemalige Baptistenprediger *Mike Huckabee*. Die Konservativen machen über 40% der Wählerschaft aus. Und so wie früher ein Teil des Landes, besonders die Städte an der Ostküste wie New York, sich von den Konservativen quasi ›besetzt‹ fühlte, so hat jetzt ein anderer Teil des Landes das Gefühl, von Leuten regiert zu werden, die nicht wirklich amerikanische Werte vertreten, sondern komische ›europäische‹ oder ›globale‹ Ideen. Hinzu kommt, dass die Republikanische und die Demokratische Partei sich in den letzten Jahren stetig weiter auseinanderentwickelt haben. Die Amerikaner selbst sind nicht unbedingt ideologischer

geworden, wohl aber die amerikanische Politik im Kongress. In Amerika herrscht ein anderes Verständnis von Pluralismus. Ein Beispiel: In den deutschen TV-Talkshows sind meist die vorhandenen, gegensätzlichen Positionen zu einer Frage repräsentiert – nach dem Muster: Prostituierte *versus* Nonne, SPD, CDU *versus* Lafontaine. Man kann kaum anders, als die Argumente von allen – auch derjenigen, die man nicht mag – zu hören, wenn man überhaupt einschaltet. Ganz anders bei den Sendestationen in den USA. Dort gibt es *Fox News*, ein Programm, das außerhalb New Yorks mehr gesehen wird als CNN. Fragt man die Leute, welchen Sender sie bevorzugen, weiß man meist, wen sie wählen. *Fox* betreibt eine scharfe Kampagne gegen Obama; man hält ihm vor, er ›verrate‹ die nationalen Sicherheitsinteressen und sei verantwortlich für die steigenden Schulden. Geht man zur politischen Mitte, zu CNN, gilt dies aus der Perspektive von *Fox News* als links. Bei MSNBC wird man das Umgekehrte hören. Betrachtet man dann noch die Internetkommunikation und den Verbreitungsgrad der Radiostationen, so wird man feststellen, dass man als Konservativer in Amerika von morgens bis abends in diesem Milieu kommunizieren kann, ohne auf andere Meinungen und deren Verfechter zu treffen. Für Liberale und Linke gilt dasselbe. Das bedeutet, die Menschen haben zunehmend unterschiedliche Wahrnehmungen der Wirklichkeit, und dies ist auch noch regional unterschiedlich ausgeprägt. So ist in den USA eine Polarisierung der Meinungen zu beobachten, die in Deutschland meist unterschätzt wird.

Wir müssen uns darauf einstellen, dass Präsident Obama auf mehr Widerstand stoßen wird. Aber weder er noch die USA sind dafür zu kritisieren, dass man auch dort Kompromisse eingehen muss.

Bedeutsam ist auch das Verhältnis der US-Amerikaner zur Souveränität ihrer Nation. Die USA sind dank ihrer Unabhängigkeitserklärung dazu bestimmt, eine Demokratie zu sein. Darum ist es für Amerikaner schwer vorstellbar, internationales Recht zu übernehmen und auf die nationale Ebene zu übertragen. Im deutschen Grundgesetz gibt es einen Artikel, der erklärt, dass das Völkerrecht Vorrang vor nationalem Recht haben soll. Einen solchen Grundsatz kennt die amerikanische Verfassung nicht. Deshalb wird es Obama kaum gelingen, im Senat eine Zweidrittel-Mehrheit für die Ratifikation des Beitritts zum Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag zu organisieren. Es mag eine pragmatischere Zusammenarbeit geben können, nicht aber die Ratifikation einer US-Mitgliedschaft.

Schwierigkeiten wird es auch geben, manche der Abrüstungsverträge durch den Senat zu bekommen. Und auch bei der geplanten Auflösung des US-Gefangenenlagers Guantánamo muss er wohl Kompromisse machen, was ihm manche Europäer vorwerfen. Auch vom Kopenhagener Klimagipfel wird der amerikanische Präsident keine dort beschlossene internationa-

le Konvention mitbringen, dann vor den Kongress treten und diesen um nachträgliche Ratifizierung bitten. In den USA muss sich erst allmählich an der Basis ein Konsens entwickeln und zunächst in den Einzelstaaten umgesetzt werden, damit sich dann im Kongress etwas ändert. Erst unter dieser Voraussetzung wird man auch neue internationale Vereinbarungen erzielen können, und daran werden wir uns beteiligen.

Diese US-amerikanische Besonderheit macht einen Unterschied aus zwischen einer Weltmacht und einer europäischen Regionalmacht. Die Briten waren eine Weltmacht, die Franzosen wollten immer eine sein, die Deutschen haben diese Ideen nach dem Zweiten Weltkrieg aufgegeben. Amerika *ist* heute Weltmacht, und zwar aus eigenem Recht und nicht erst durch seinen Sitz in der UNO. Somit wird kein amerikanischer Präsident die UNO um Erlaubnis fragen, bevor er Militär einsetzt. Diese Differenz zu Europa und Deutschland bleibt bestehen, und sie besteht auch in der Frage eines Einsatzes militärischer Gewalt. Wir Deutsche werden darin immer eher zögern; dennoch sind wir gegenwärtig als ›Exporteur‹ von Sicherheit und Stabilität gefragt. Allerdings werden wir uns hier nicht mehr auf unsere Vergangenheit berufen und ablehnen können, denn solche Zurückhaltung wird im Ausland von vielen inzwischen nicht mehr als Friedensliebe, sondern als Egoismus wahrgenommen. Es ist bekannt, dass Deutschland inzwischen im Zentrum eines stabilen Europa liegt. Probleme außerhalb dieser stabilen Region sind aber nicht nur für andere Europäer und die Amerikaner existent, sondern auch für uns. Wir werden im Einzelfall ›Nein‹ sagen können und müssen. Aber wir werden nicht bei den außen- und sicherheitspolitischen Positionen bleiben, die wir nach dem Krieg entwickelt und über 50 Jahre gepflegt haben.

Deutschland war in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts der Auslöser globaler kriegerischer Konflikte. In der zweiten Hälfte des Jahrhunderts lebten wir im geografischen Zentrum eines globalen Konflikts. Jetzt sind wir mitten in einer stabilen Region und werden als Politiker nicht darum herumkommen, schrittweise die Politik zu verändern – auch gegen manche Willensbekundungen aus der Bevölkerung. Deutschland wird auch am Rande Europas und außerhalb Europas überwiegend mit nichtmilitärischen Mitteln, aber im Einzelfall auch mit militärischen Mitteln für Stabilität sorgen müssen.

Rainer Eisfeld: Wir sollten versuchen, zwischen den Grundlinien, die Jackson Janes gezeichnet hat, und den zahlreichen, höchst konkreten Anwendungsfällen, die Herr Voigt in den Mittelpunkt gestellt hat, Verbindungen herzustellen und zu diskutieren, wie tragfähig die Grundlinien sind und was sie unter Umständen im Einzelfall bedeuten. Dr. Janes, einer Ihrer Sätze war: Um Macht effektiv zu nutzen, brauchen die USA Partner. Diese

Aussage hätten vermutlich auch manche Mitglieder der Bush-Regierung unterschrieben. Sie hätten aber wohl strikt unterschieden zwischen denen, die einer Partnerschaft ›würdig‹ gewesen wären, und solchen, die, weil der »Achse des Bösen« zuzurechnen, keinesfalls hätten Partner sein können. Sie hätten also eine strikte Zweiteilung in Gut und Böse vorgenommen.

Ich möchte die Frage stellen, wie eine aussichtsreiche ›Partnerschaftsstrategie‹ funktionieren könnte. Gibt es dafür jetzt neue Möglichkeiten? Worin bestehen sie? Könnten auch bisherige Gegner – und damit wären wir bei den Einzelbeispielen –: etwa in Zusammenhang mit der Kernwaffenproblematik der Iran, durch ein konkretes Angebot der USA, vielleicht in Hinblick auf einen regionalen Sicherheitspakt, zu Partnern werden? Was könnte daraus für die Konflikte im Nahen und Mittleren Osten folgen?

Jackson Janes: Der Iran wird wahrscheinlich bis zum Zeitpunkt der Zwischenwahlen im Kongress im Herbst 2010 ein Testfall. Dieses Barometer wird uns zeigen, wo der Präsident in der Gunst der Wählerschaft liegt. Auch im Iran finden demnächst Präsidentschaftswahlen statt, und wahrscheinlich wird *Mahmud Ahmadinedschad* wiedergewählt.

Es wird ein wesentlicher politischer Schritt von Präsident Obama sein, in die Region zu gehen und mit den Akteuren – also auch mit Syrien, mit Ägypten, mit Saudi-Arabien – über den Iran zu reden. Sicherlich wird er auch mit Europa und Deutschland sprechen, aber ich glaube, ›Partnerschaft‹ wird in diesem Falle heißen, sich darüber zu einigen, was im Fall des Iran als politischer Fortschritt gelten soll. Werden die Europäer zustimmen, wenn wir Amerikaner sagen, wir können nicht dulden, dass die iranische nukleare Fähigkeit soweit geht, dass Waffen hergestellt werden können? Oder sind wir gemeinsam der Meinung, die Entwicklung kontrollieren zu können, so wie es mit Japan vereinbart wurde? Diesem Land ist es gestattet, angereichertes nukleares Brennmateriale herzustellen, ohne dass es in Waffen umgewandelt wird. An diesem Punkt entscheidet sich, ob eine Partnerschaft möglich ist. Wir müssen zunächst die Probleme gemeinsam definieren und sehen, was einzubringen ist, um die Probleme zu lösen. Das ist ein Grundgesetz der Außenpolitik. Es ist in den letzten Jahren vielleicht ein bisschen vernachlässigt worden. Hier müssen wir zu Erfolgen kommen, um festzustellen, ob wir auf dem richtigen Weg sind oder nicht. Meine Sorge ist, dass wir dabei auseinanderdriften könnten.

Rainer Eisfeld: In gewissem Umfang ist der Iran bereits ›Partner‹ der USA, und zwar soweit es um die Garantie eines der Nachschubwege nach Afghanistan geht. Darüber hinaus hat man im Iran aufmerksam registriert, wie die USA mit Indien umgehen, einem Land, das bekanntlich den Atomwaffensperrvertrag nicht unterzeichnet hat. Der US-Kongress stimmte der

Lieferung amerikanischer Nukleartechnologie an Indien zu – nachdem dies zuvor seit 34 Jahren untersagt war –, obwohl Indien nur die Hälfte seiner Reaktoren der Aufsicht der internationalen Atombehörde unterstellt hat. Hier gelten also offenbar unterschiedliche Maßstäbe ...

Karsten D. Voigt: Amerikaner und Deutsche meinen durchaus unterschiedliche Dinge, wenn sie von Partnerschaft sprechen. Der US-Präsident betont gegenwärtig die enge Verbindung mit den Verbündeten. Aber im Zweifelsfall kann er allein handeln und wird dies auch tun. Die Deutschen können aufgrund ihrer geostrategischen Lage, ihrer beschränkten Kräfte und ihrer historischen Tradition nicht allein handeln. Somit ist Partnerschaft für den einen ein Prinzip und ein Muss, für den anderen meint es eine Akzentverlagerung hin zu mehr Multilateralismus.

Auch für den Iran gilt: die meisten Länder dieser Welt sind nicht entweder ›gut‹ oder ›böse‹, sondern – je nach Blickwinkel und Anlass – beides zugleich. Im Hinblick auf Afghanistan gibt es teilweise konvergierende Interessen mit Iran, sei es an einer allgemeinen Stabilisierung der Lage, sei es in Bezug auf den Drogenhandel. Auch im Kaukasus verfolgen wir zum Teil ähnliche Interessen. Dort ist Iran mehr mit den Armeniern verbündet als mit den schiitischen Aserbajdschanern. Was Israel betrifft, sind die Positionen dagegen unvereinbar. Und auch was Nuklearwaffen angeht, haben wir sehr prinzipiell unterschiedliche Positionen.

Ob man durch *Dialog* ein Land vom Erwerb von Atomwaffen abhalten kann? Ich hoffe es, weiß es aber nicht. Ob man es durch *Sanktionen* abhalten kann? Ich hoffe es, ich weiß es nicht. Ob Probleme immer lösbar sind, ist ebenfalls fraglich. Das Berlin-Problem war 50 Jahre lang nicht lösbar, und währenddessen machte man *Containment*-Politik, Eindämmungspolitik. Im Zusammenhang mit Iran mag zurzeit niemand über diese Frage offen reden. Aber wenn Iran seine Politik nicht ändert, wird die Frage dringlich, ob man mit militärischer Gewalt vorgeht oder ob man eine Politik des *Containment* verfolgen will. Ersteres möchte jetzt niemand auf die Tagesordnung setzen, Letzteres möchte niemand jetzt öffentlich diskutieren. Erst in einiger Zeit wird in Amerika die Diskussion geführt werden, ob *Containment*-Politik oder die Wiederbelebung der militärischen Option der richtige Weg gegenüber Iran sind. Das muss man nüchtern sehen, und darauf muss man die deutsche Bevölkerung auch öffentlich vorbereiten.

Rainer Eisfeld: Ich nenne nochmals das Stichwort ›regionaler Sicherheitspakt‹ als Angebot an den Iran. Halten Sie das für eine sinnvolle Option?

Jackson Janes: Ich bin sicher, dass Obama beweisen wird, dass er sich nicht nur im Iran engagieren will. Er wird das Gespräch mit der ganzen

Region suchen, mit dem Iran und seinen Nachbarn. So wird der Rahmen für das bisher ungelöste Problem mit Iran – die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen – erweitert werden, und dies unter Einbeziehung der Interessen aller Länder der Region.

Karsten D. Voigt: Die Amerikaner haben weniger ein Problem mit der *Stärke* des Iran als mit dessen *Politik*: Israelpolitik, Nahostpolitik, Streben nach Nuklearwaffen etc. Irans arabische Nachbarn sind dagegen besorgt wegen der Stärke des Landes, wozu sein Streben nach Nuklearwaffen beiträgt. Sie kritisieren kaum Irans Position zu Israel, weil sie zum Teil ähnlich negativ zu Israel stehen.

Insofern gebe ich dem Vorschlag zu einer regionalen Sicherheitskonferenz wenig Chancen. Möglich erscheint es mir aber, dass durch einen iranisch-amerikanischen und amerikanisch-arabischen Dialog Elemente von regionaler Stabilität eingeführt werden, auch ohne dass es einen Stabilitätspakt gibt.

Rainer Eisfeld: Gibt es neue Chancen auf Vereinbarungen mit Syrien, mit Fatah und Hamas, die helfen könnten, die von Obama im Gespräch mit dem israelischen Ministerpräsidenten *Benjamin Netanjahu* erläuterte ›Roadmap‹ für einen Frieden in Palästina voranzubringen?

Karsten D. Voigt: Mit Syrien halte ich dies für möglich und notwendig, denn Syrien könnte andernfalls ein Störfaktor sein. Das Land sollte durch Dialog dazu bewogen werden, sich weniger nah zu Iran zu positionieren. Dieses Ziel verfolgt Obama, und Netanjahu wird nichts dagegen haben. Andere Aspekte der israelischen Politik erscheinen nach dem Regierungswechsel problematischer. Man muss abwarten, inwieweit dies die Meinungsbildung im US-Kongress beeinflusst. Bemerkenswert ist, dass Obama im Hinblick auf Palästina eindeutig für die Zwei-Staaten-Lösung und für Gespräche mit allen beteiligten Gruppen plädiert. Aber Amerika kann ein Ende des ›Kampfes um Boden‹ nicht erzwingen, wenn die verhandelnden Parteien dazu nicht bereit sind. Schwierigkeiten gibt es wegen der Siedlungspolitik und der verweigerten Zustimmung zur Zwei-Staaten-Lösung auf der israelischen Seite.

Man muss nüchtern sehen, dass die Palästinenser, so wie sie heute agieren, ebenfalls nicht friedensfähig sind. Die Sicht, dass es dort nur deshalb keinen Frieden gibt, weil die Amerikaner nicht genügend dafür täten, ist falsch. Dem Nahen Osten ist zu wünschen, dass die USA dort stärker agierten. Aber zu glauben, die Amerikaner müssten einfach nur Druck auf Palästinenser und Israelis ausüben, und dann gibt es Frieden, ist illusionär.

Jackson Janes: Richtig ist, dass die Akteure in der Region selbst beteiligt werden müssen. Man kann die Haltung, dass mit *Hamas* und *Hisbollah* nicht geredet wird, nicht endlos bewahren. Man muss auch die Interessen der Ägypter abfragen: Ist es wirklich im Interesse Kairos, eine Politik zu betreiben, wie es Hamas oder Hisbollah tun? Obama wird sich im Unterschied zu Bush stark engagieren. Ob er erfolgreich sein wird, muss man abwarten.

Rainer Eisfeld: Herr Voigt, Sie forderten zur Anerkennung ›legitimer Interessen der Russen‹ auf. An welche legitimen Interessen könnte über Abrüstungsfragen hinaus angeknüpft werden? Unter Studierenden und Angehörigen meinungsbildender Gruppen in den Medien Russlands ist eine grundsätzliche Aufgeschlossenheit für stärker demokratische Reformen, als sie *Putin* und *Medwedew* verkörpern, feststellbar. Könnte eine amerikanische Politik, die auch europäische und den deutschen Partner einbezieht, dort anknüpfen?

Karsten D. Voigt: Anknüpfungspunkte kann es in der Iranpolitik geben, ebenso bei der Nichtverbreitung und Abrüstung von Kernwaffen und etwa bei Entscheidungen im UN-Sicherheitsrat. Das gilt hoffentlich auch für die sogenannten ›eingefrorenen Konflikte‹ im Kaukasus und den Transnistrien-Konflikt. Aber die amerikanisch-russischen Beziehungen werden kompliziert bleiben. Die Russen akzeptieren nur widerwillig, dass sie nicht mehr gleich stark sind. Sie haben das Ende der Sowjetunion nicht verarbeitet, sondern sehen dies nach wie vor als Verlust an. Man könnte dies das ›Weimar‹-Syndrom der russischen Politik nennen: Wo das Ergebnis der Demokratisierung nicht als Befreiung, sondern als Schwäche wahrgenommen wird und wo die autoritäre Strömung mit der Zustimmung der Mehrheit der Bevölkerung fortbesteht, darf man sich keine Illusionen machen. Deshalb wird allenfalls ein punktuelles Zusammenarbeiten mit Russland möglich sein, nicht etwa dessen Einbindung für eine insgesamt bessere Politik. Russland will in seinen Entscheidungen und in seiner politischen Kultur autonom bleiben.

Die Mitglieder der Europäischen Union und die USA sind in allen strategischen Fragen der wichtigste Partner für die Russen. Deutschland ist wichtigster Partner Russlands in Europa; wir sind Handelspartner Nr. 1 für die Russen, die umgekehrt unser Handelspartner Nr. 9 sind. Die Deutschen haben – trotz noch bestehender Vorbehalte – wieder ein positives Image in Russland. Die größte Gruppe der Einwanderer in Deutschland hat ihre Wurzeln nicht in der Türkei, sondern stammt aus der ehemaligen Sowjetunion. Wir haben in Deutschland nicht nur eine besondere Geschichte mit Russland, sondern auch besondere Alltagsbeziehungen. Aber

auch deutsche und amerikanische Positionen im Hinblick auf Russland ergänzen sich, wenn sie gut formuliert werden, durchaus.

Jackson Janes: Wir brauchen Russland als Partner tatsächlich an sehr vielen Stellen, z.B. im Hinblick auf Afghanistan, denn der westliche Nachschub gelangt größtenteils über Russlands Territorium oder seine Interessensphäre dorthin. Die Frage ist, inwieweit wir Russland als Interessenten, als Akteur, als *stakeholder* einbeziehen können, sodass in Moskau das Gefühl wächst, dass wir dort gemeinsame Ziele verfolgen. In Washington wird jetzt eine nüchterne Politik verfolgt; man fragt: an welcher Stelle brauchen wir Russland, und wo lässt sich ein gemeinsamer Nenner finden? Amerika muss Russland nicht lieben, und es darf sicher nicht aufhören, seine Kritik an der Politik, an der Wirtschaftsordnung und an Menschenrechtsverletzungen zu äußern. Aber nach meiner Beobachtung sind die Russen – und Putin verkörpert das – auf der Suche nach stärkerer internationaler Anerkennung. Sie sagen: Wir sind wieder da! Und die Deutschen haben ungefähr geantwortet: Okay, dann reden wir mal zusammen, denn wir betrachten euch Russen als Europäer. Diese Einstellung haben wir Amerikaner natürlich nicht gegenüber einem Land wie Russland.

Karsten D. Voigt: Die Russen mussten in den letzten 20 Jahren, sobald die Amerikaner mit ihnen redeten, den Eindruck haben, belehrt und bekehrt zu werden für das Gute, das die Amerikaner immer schon taten oder verkörperten. Im deutsch-russischen Verhältnis herrscht dagegen eher das Gefühl vor, dass zwei große Völker sich begegnen, die in ihrer Geschichte schon sehr viel Unheil verübt bzw. erlebt haben. Insofern ist das Verhältnis etwas symmetrischer.

Rainer Eisfeld: In Bezug auf das deutsch-amerikanische Verhältnis haben Sie, Herr Voigt, für einen gewissen ›grimmigen Realismus‹ in zwei Punkten plädiert: Einerseits betonten Sie, dass die Deutschen sich darauf einstellen müssten, nicht nur im zivilen, sondern auch im militärischen Bereich – auch außerhalb Europas – größere Beiträge zu leisten, als dies bisher der Fall war. Andererseits sagten Sie, auch Obama werde im Zweifel nicht die Vereinten Nationen fragen, bevor er Militär einsetzt. Demnach müssten wir davon ausgehen, dass die USA eine Supermacht bleiben, die notfalls auch allein handeln kann. Es gab allerdings einen US-Präsidenten, der die Vereinten Nationen gefragt hat. Das war *Harry S. Truman* vor dem Militäreinsatz im Koreakrieg. Ist es denn so undenkbar, dass die Vereinten Nationen wieder Partner der USA werden? – Zuvor aber möchte ich Sie, Dr. Janes, nach den beiderseitigen Wahrnehmungen und Erwartungen im deutsch-amerikanischen Verhältnis fragen.

Jackson Janes: Bis zum Fall der Mauer in Berlin im Jahr 1989 war Deutschland bloß ein *Objekt* der amerikanischen Politik. Blickt man heute auf die letzten 20 Jahre zurück, zeigt sich, dass Deutschland die Rolle abgelegt hat. Zwar ist die Bundesrepublik nach wie vor ein Objekt unserer Politik, aber zunehmend ist sie auch ein selbst handelndes *Subjekt*. Wir Amerikaner überlegen, was wir mit euch Deutschen im Hinblick auf gemeinsame, teilweise weit außerhalb Europas liegende Probleme bewerkstelligen können und welche Möglichkeiten, Ressourcen und Fähigkeiten wir zusammen an einen Tisch bringen können. In diesem Sinne kann man von Erwartungen sprechen, die an einen Partner gerichtet werden. Schon im Mai 1989 sprach der damalige Präsident *George Bush senior* bei einem Deutschlandbesuch von *partnership in leadership*, einer Partnerschaft in der Führung. Das haben die meisten Deutschen damals nicht verstanden. Inzwischen ist viel Zeit vergangen, und Deutschland hat bewiesen, dass man zu einer ›Partnerschaft in der Führung‹ fähig ist, wenn der politische Wille dazu ausreicht. Auch die 1994 getroffene Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, dass die Bundeswehr nicht nur auf dem Territorium der NATO-Mitgliedstaaten, sondern auch darüber hinaus eingesetzt werden darf, war sehr bedeutsam. Deutschland ist heute an vielen Orten der Welt an Militäreinsätzen beteiligt, nicht nur in Afghanistan. Deutschland ist nicht mehr bloßes Objekt der USA, sondern ein echter Partner.

Wenn die Bundesrepublik damit ein Problem hätte, so wäre es jedenfalls nicht unseres. Wir wissen: Wir brauchen Deutschland, um gemeinsame Probleme zu lösen. Die Frage ist: Welche Ziele haben wir? Welche Fähigkeiten können beide Seiten einbringen? Und werden wir uns darüber einigen?

Karsten D. Voigt: Tatsächlich verändert sich unsere Tagesordnung. Haben wir früher stark bilateral gehandelt, so geht es heute zumeist um dreiseitige oder multilaterale Beziehungen etwa zwischen Deutschland, Amerika und Iran, um Deutschlands Rolle in der Europäischen Union oder um Deutschland, Amerika und Russland. Dass Deutschland etwa im Nahen Osten eine Rolle spielen könnte, war früher kaum vorstellbar. Auch Chinas Rolle in Afrika, der Umwelt- und Klimaschutz, der internationale Terrorismus sind multilaterale Themen. Das fordert von uns, in diesen Fragen auch deutsche Experten bereitzustellen. Andernfalls werden wir nicht ernstgenommen. Wir müssen, da wir begrenzte Ressourcen haben, entscheiden, wo wir uns engagieren und wo nicht. Aber wir können nur Einfluss nehmen und Dinge bewegen, wenn wir in der Perspektive *global* denken – auch wenn wir nur selektiv handeln können, weil wir begrenzte Interessen und begrenzte Fähigkeiten haben. Das ist eine völlig neue Lage.

Jackson Janes: Das Problem ist, dass Europa nach wie vor eine ›Baustelle‹ ist. Inwieweit eine Europäische Union eine tragfähige, gemeinsame, in sich kohärente Außenpolitik betreiben kann, ist noch nicht absehbar. Deshalb brauchen wir auch weiterhin den direkten Draht zu den Nationalstaaten, die die Fähigkeit haben, Probleme zu lösen, und das ist vor allen Dingen die Bundesrepublik.

Publikum: Herr Voigt, Sie warben um Verständnis für Obama und sagten, dass deutsche Politiker auch gegen den Willen der deutschen Bevölkerung Deutschland weiterhin in militärische Einsätze führen würden.

Wie ist das mit Ihrem und unser aller Demokratieverständnis zu vereinbaren? Wiegt die deutsch-amerikanische Freundschaft schwerer als das demokratische Grundverständnis?

Karsten D. Voigt: Man muss unterscheiden zwischen Verständnis und Einverständnis. Auch ich bin für die Schließung des Lagers Guantánamo, sehe aber, dass Präsident Obama innenpolitische Rücksichten nehmen muss. Selbst in der deutschen Debatte um dieses Lager gibt es unterschiedliche Auffassungen. Ich meine, wir sollten bereit sein, ehemalige Häftlinge aufzunehmen, aber im Einzelfall genau hinschauen, wer es ist. Andere, auch Mitglieder der Bundesregierung, blocken hier ab.

Zum Demokratieverständnis: Wir wählen alle vier Jahre und beauftragen Parlamentarier damit, in der Zwischenzeit für uns zu handeln. Zwar hören kluge Abgeordnete auch zwischen den Wahlen auf die Bevölkerung, aber eine Politik, die sich nur an Meinungsumfragen orientiert, ist nicht sinnvoll. So ist z.B. die von Obama verfolgte Umweltpolitik besser, als wenn die Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung darüber entscheiden dürfte. Auch in Sachen Guantánamo ist er klarer als die Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung. Es gibt in bestimmten Situationen die *Verantwortung* der politischen Führung, wenn auch befristet und verbunden mit Kritik und Gegenpositionen bei den Wählern. Wäre dies anders, verlören Parlamente, die auf Zeit Verantwortung ausüben, ihren Sinn. In bestimmten Situationen müssen Politiker auch Risiken eingehen. Handeln sie falsch, müssen sie zur Rechenschaft gezogen und abgewählt werden.

Publikum: Auf Dauer kann wohl keine Regierung gegen den Willen der Bevölkerung regieren. Aber die Regierung braucht auch die Unterstützung der Bevölkerung. Nun ist Präsident Obama nicht wegen seiner Position in der Außenpolitik gewählt worden, sondern wegen innenpolitischer Wahlversprechen. Das führt zu der Frage, inwieweit die Unterstützung für die Regierung Obama von ihrer Innenpolitik abhängt, d.h. von der Gesund-

heits- und Sozialpolitik und vor allem von der Wirtschaftspolitik im Zeichen der globalen Finanzmarktkrise.

Erwähnt wurde, dass die USA die größte Schuldennation der Welt sind. Die USA haben ein massives Wirtschaftsproblem, das, wenn es nicht gelöst wird, irgendwann gravierende welt- und handelspolitische sowie währungspolitische Spannungen erzeugen wird, die in ihrer Schärfe nicht weniger problematisch sind als die sicherheitspolitischen Probleme.

Welche Chancen hat Obama, seine Wahlversprechen zu realisieren und so die Wiederwahl für eine zweite Amtsperiode zu schaffen?

Jackson Janes: Diese Fragen sind berechtigt. In den letzten mehr als 40 Jahren konnten drei Präsidenten nur eine Amtszeit lang regieren, nämlich *Lyndon B. Johnson*, *George Herbert Walker Bush* und *Jimmy Carter*. Sie alle wurden überwiegend aufgrund innenpolitischer Schwierigkeiten nicht wieder ins Amt gewählt. Für Johnson wurde 1968 der Vietnamkrieg vor allem innenpolitisch zum Problem. In den 1980er Jahren brachten in Amerika massive Zinserhöhungen das Land und die Regierung Carter in eine schwierige Lage. George Bush senior erlebte 1990 nach dem ersten, gewonnenen Irakkrieg einen politischen Höhepunkt, verlor aber bald darauf alle Unterstützung.

Wie ein solches Schicksal vermieden werden kann, wird Obama schon oft und eingehend überlegt haben. Die Uhr läuft bis zum November 2010. Dann werden wieder Kongresswahlen stattfinden, und es wird ein Signal geben, ob er noch das Vertrauen der Bevölkerung hat. Die nächste Präsidentschaftswahl ist 2012. Wie werden dann die Wähler die rhetorische Frage: »Geht es Ihnen heute besser als vor vier Jahren?«, die *Ronald Reagan* im Jahr 1980 stellte, für sich beantworten? Damals antwortete Amerika mit »Nein« und wählte Reagan.

Dieser Herausforderung sieht sich Obama schon jetzt gegenüber. Und er muss auch noch die Mehrheit der Demokraten im Kongress retten, um zu zeigen, dass nicht nur er als Person, sondern auch die Partei für weitere vier Jahre eine Mehrheit an Wählerstimmen braucht. Es ist also keineswegs sicher, dass dieser Präsident eine zweite Amtszeit bekommt.

Karsten D. Voigt: Es ist ein Strukturproblem der Weltordnung, dass die wichtigste Weltmacht ihre Regierungen primär aus innenpolitischen Gründen wählt oder abwählt, während die Wahlen doch immer außenpolitische Konsequenzen haben, die weit über das Land hinausreichen. Deshalb muss man bei der Analyse der US-Außenpolitik besonders die innenpolitischen Verhältnisse im Blick haben. Das gilt im Übrigen – gerade nach 1989 – zunehmend auch für Deutschland.

Publikum: Schon jetzt ist in der amerikanischen Politik ein positiver Schwenk vor allem in Richtung der Konfliktregion Mittlerer und Naher Osten festzustellen. Die frühere, aggressive Politik wird nicht mehr verfolgt. Obama nähert sich vorsichtig den Realitäten dort an. Seine Idee ist, statt auf Konfrontation auf Kooperation und Dialog zu setzen.

Aus meiner Sicht ist nun auch eine eigenständige europäische Haltung zu den außenpolitischen Fragen und Regionen gefordert, in denen Europa eigenständige Interessen verfolgt. Europa nahm keineswegs immer die Position ein, die heute Obama vertritt. Die Bush-Regierung stand zweimal an der Schwelle eines neuen Krieges gegen den Iran. Europa war nicht in der Lage, klare Gegenpositionen zu entwickeln. Stattdessen trug die europäische Außenpolitik mehr oder weniger die Konfrontationspolitik von George Bush mit. Die Bundesregierung und auch andere europäische Staaten sind in ihrer Nahostpolitik meist den israelischen Auffassungen gefolgt, anstatt eigene Positionen zu entwickeln. Solange eine europäische Macht, die moralisch viel bedeutender ist als militärisch, es nicht wagt, die Idee der Kooperation aus der eigenen Geschichte heraus zum Maßstab seiner Außenpolitik fortzuentwickeln, besteht die Gefahr, dass eine Weltmacht, die militärisch stark ist, die alte Konfrontationspolitik fortsetzt.

So frage ich: Wie kann Europa aus sich heraus, aus der eigenen Geschichte, eine eigene Außenpolitik formulieren? Es reicht nicht, darauf hinzuweisen, dass die USA eine Weltmacht sind, Deutschland nur eine Mittelmacht. Das ist eine Unterschätzung der eigenen Möglichkeiten in Europa. Europa als Ganzes ist sehr stark, und geeignete Persönlichkeiten müssten die Initiative ergreifen und eine Politik entwerfen, die in Richtung Kooperation geht.

Karsten D. Voigt: Europa ist da stark, wo es entweder Institutionen hat, die einen ›gemeinsamen Willen‹ hervorbringen – wie bei den Handelsregeln oder beim Euro – oder wo es einen gemeinsamen Willen hat, der dann in gemeinsames Handeln umgesetzt wird wie beim Umweltthema. In den übrigen Bereichen handeln, entsprechend der jetzigen europäischen Verfassung, überwiegend die Nationen selbst.

50 Jahre brauchte die EU, um sicherzustellen, dass Kriege zwischen europäischen Nationen ausgeschlossen sind, und um in vielen Bereichen integriert vorzugehen. In der Außen- und Sicherheitspolitik gegenüber der übrigen Welt dominieren noch die historischen Erinnerungen und Mythen. Es wird wohl weitere 50 Jahre dauern, bis ein wirklich vereintes Europa auch in seiner Außenpolitik erkennbar wird. Aber es gibt Zwischenlösungen, Übergangsformen und einige Länder, die Vorreiter sind, während andere Länder noch bremsen. Hier müssen wir ein gemeinsames Bewusst-

sein entwickeln, müssen uns für gemeinsame Institutionen in Europa einsetzen. Aber das braucht Zeit.

Was den Nahen Osten angeht, so kann ich mir nicht vorstellen, dass es besser wäre, wenn Amerikaner und Europäer dort gegeneinander arbeiten. Europa ist als Sicherheitsfaktor in der Region noch nicht handlungsfähig, auch wenn manche europäischen Gesandten wie *Tony Blair* eine europäische Position vertreten. Die Europäer sind dort keine Macht. Das werden auch Deklarationen nicht verändern. Was wir bereits versuchen, ist, zusammen mit den Amerikanern auf die israelische Regierung, auf Hamas und andere im Sinne einer Friedensregelung einzuwirken. Dennoch schauen alle auf Obama. Das ist die Realität; wir sollten diesen Prozess absichern und fördern.

Jackson Janes: Viele Deutsche meinen anscheinend, die Amerikaner würden es nicht so gern sehen, wenn Europa sich geschlossen zeigt und eine eigene Politik verfolgt. Aber diese Sorge haben wir nicht. Die Europäische Union ist in den letzten 50 Jahren gewachsen, weil Nachbarländer an die Tür klopfen und Mitglied werden wollten. Das ist ein starkes Anzeichen dafür, dass die EU etwas richtig gemacht hat. Sie ist ein wichtiger Magnet für Reformwillige, und sie hat eine gute, organische Entwicklung erlebt. Trotzdem müssen die Erwartungen realistisch bleiben. Wie kann man zur Lösung bestimmter Probleme beitragen? Sicherlich können Großbritannien, Frankreich, Deutschland und andere Länder Interessen und Fähigkeiten in die Waagschale werfen, die andere Länder nicht haben oder vermischen. Hier wird es nur schrittweise vorangehen, aber das Ziel wachsender Gemeinsamkeit ist richtig und unterstützenswert.

Rainer Eisfeld: Wie wichtig ist eigentlich die *transatlantische* Partnerschaft aus amerikanischer Sicht heute noch? Müssten wir nicht auch über die *transpazifische* Partnerschaft und deren künftige Probleme reden?

Wenn wir über die Entwicklung von Wirtschaftsräumen, über finanzielle und wirtschaftliche Gewichte sprechen, drängt sich das Thema geradezu auf. Wer ist Partner und wer ist Gegner? Wo liegen die Schwerpunkte amerikanischer Politik in der Zukunft? Liegen sie wirklich noch in der Zusammenarbeit mit Europa, das noch Jahre brauchen wird, um seine außenpolitische Handlungsfähigkeit zu entwickeln? Oder müssen sie aus nationalem Interesse nicht stärker im pazifischen Raum liegen, gegenüber einem China, das diese Handlungsfähigkeit heute schon hat?

Jackson Janes: Alle bisher angesprochenen Probleme erfordern die Beteiligung von sehr viel mehr Personen, die mit am Tisch sitzen, als bisher. Die wichtigste Gesprächsrunde ist nicht mehr die G7 oder die G8, sondern die

G20. Eine andere Formel heißt G2, das sind die USA und China. Aber Europa muss nicht befürchten, Amerika verlagere sich in den pazifischen Raum, weg vom transatlantischen Bündnis. Richtig ist, dass die USA in beide Richtungen aktiv sein werden und zunehmend auch in Afrika, Mittel- und Südamerika. Brasilien wird im 21. Jahrhundert große Bedeutung bekommen, ebenso wie Südafrika.

Amerika ist wirtschaftlich mit Europa enger verflochten als mit jeder anderen Region der Erde. Man sollte die Welt nicht in die Schubladen ›transatlantisch‹ oder ›transpazifisch‹ sortieren. Wir müssen globaler denken und uns fragen, wie die Interessen, die Einflüsse und die Macht von sehr großen Ländern wie Indien oder China auf einen Nenner zu bringen sind. Die Welt muss sich anders aufstellen, als sie es nach 1945 tat. Ein perfektes Beispiel für altmodisches Denken ist z.B. der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Wir müssen ein neues Paradigma finden, neue Regeln dafür schaffen, wie die Welt am besten in diesen Einrichtungen vertreten sein sollte. Es darf nicht länger heißen: *entweder – oder*, sondern *gemeinsam mit!* – sei es mit China, Indien oder Russland, und das auf einer absolut globalen Ebene und nicht nur irgendwie ›repräsentativ‹ verschachtelt als Vertreter irgendwelcher Regionen.

Karsten D. Voigt: In Bezug auf die Prioritäten unterscheiden sich teilweise die deutsche und die amerikanische Sicht. Für uns sind die Beziehungen zu unseren europäischen Nachbarn das Wichtigste. Die wichtigsten Beziehungen *außerhalb* der Europäischen Union haben wir mit den Vereinigten Staaten. Die wichtigste Beziehung in der Gegenrichtung haben wir zu Russland, für Amerika ist es China. Im Unterschied zu den USA ist Deutschland aber nicht in der Position einer Weltmacht, die durch China herausgefordert würde. Wir bleiben dennoch für Amerika wichtig, weil Amerika zwar Weltmacht bleiben wird, aber durch das Anwachsen des weltpolitischen Einflusses Chinas relativ an Bedeutung verliert.

Die europäisch-amerikanische Zusammenarbeit wird weiterhin eine notwendige, aber – aufgrund der wachsenden Rolle von China, Indien und anderen – nicht mehr die hinreichende Bedingung sein, um globale Ordnungspolitik zu betreiben. Dies zeigt das Beispiel Umwelt- und Klimaschutzpolitik: Betreiben die Europäer Umwelt- und Klimaschutz, so ist das schön und gut; machen die Amerikaner aber nicht mit, ändert sich für die Welt wenig. Wenn Amerika nicht mitmacht, machen aber Chinesen und Russen erst recht nicht mit. Insofern ist die amerikanisch-europäische Zusammenarbeit – und das gilt für viele andere Bereiche ebenso – eine notwendige Voraussetzung, um überhaupt globale Regelungen erzielen zu können. Dass Europa in diesem Sinne Partner der USA ist, verschafft ihm Einfluss, denn nur wer handlungsrelevant ist, hat Einfluss. Dies sollte man

bedenken, und nicht nur über den größeren Partner meckern. Handlungsrelevant zu bleiben, ist wichtig für die Stabilität der transatlantischen Beziehungen.

Publikum: Wird Präsident Obama ein neues Kapitel im Verhältnis zu den lateinamerikanischen Staaten und speziell zu Kuba aufschlagen? Oder wird dies durch innenpolitischen Druck verhindert?

Jackson Janes: Obama hat Südamerika besucht und dort auch den Präsidenten von Venezuela *Hugo Chavez* getroffen. Was lange vernachlässigt worden ist, sollte jetzt besser gestaltet werden können, meine ich. Brasilien ist das größte jener Länder, die eine wachsende Rolle spielen werden. Die Chinesen bauen ihre Wirtschaftsbeziehungen dorthin stetig aus. Das Land hat von seinen klimatischen Bedingungen und von der Wirtschaft her ein größeres Potenzial, als dies bisher aus amerikanischer Sicht erkannt wurde.

Kuba ist heute ein Anachronismus. Hinter der bisherigen amerikanischen Blockadehaltung stecken tatsächlich Florida und andere US-Bundesstaaten, in denen größere Gemeinden von Exil-Kubanern leben. Obama hat angedeutet, dass er einen langsamen ›Wandel durch Annäherung‹ anstreben will. Aber ein Präsident muss Prioritäten setzen, und eine davon ist der Kampf um seine Wiederwahl im Jahr 2012. Wird er das Thema jetzt anpacken oder erst in seiner zweiten Amtszeit? Die Öffentlichkeit ist heute schon überwiegend der Meinung, dass diese Insel, 60 Meilen von der Küste von Florida gelegen, kaum eine so große Bedrohung ist, wie immer gesagt wurde.

Publikum: Dr. Janes sagte, Amerika brauche Partner, und dazu gehöre es, dass die Deutschen Aufgaben wie die Beteiligung an militärischen Interventionen übernehmen müssten, auch wenn uns dies nicht gefiele. Was macht dann aber für Deutschland die Qualität dieser Partnerschaft aus? Macht sich Deutschland nicht damit zum Handlanger von Partikularinteressen? Ist nicht die Partnerschafts-Rhetorik nur eine Form der Legitimierung hegemonialer Ansprüche der USA?

Karsten D. Voigt: In der Außenpolitik sind *Werte* nicht alles, aber sie spielen eine entscheidende Rolle. Der Blick auf die USA während der Regierungszeit von George Bush hat vielleicht vergessen gemacht, dass es dort viele Menschen gibt, die ganz ähnliche Wertvorstellungen haben wie wir. Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind solche Werte, und dass auf beiden Seiten des Atlantiks darüber Einigkeit besteht, ist sehr wichtig.

Darüber hinaus gibt es *Interessen*. Womöglich hängen Hunderttausende von Arbeitsplätzen von Investitionen der Amerikaner hier und von

Investitionen der Europäer drüben ab. Ferner gibt es Interessen in Bezug auf Normierungen, darunter auch Regeln für wirtschaftliche Beziehungen und Geschäfte. So haben z.B. die Chinesen ein Interesse an unseren Technologien, wollen aber deutschen Industrien nicht unbedingt den Zutritt zum chinesischen Markt erlauben. Gehen wir auf den chinesischen Markt, dann möchten wir nicht, dass unsere Technologien kopiert werden. Das ist auch ein legitimes Interesse unserer Arbeitnehmer, und es lässt sich umso besser vertreten, wenn dies gemeinsam mit den Amerikanern geschieht.

Auch bei globalen *Ordnungsvorstellungen* gibt es Unterschiede. China z.B. beteiligt sich im UN-Sicherheitsrat fast nur, um eigene, nationale Interessen zu vertreten. Zu globalen Problemen bezieht es kaum Stellung. Viele, die in der UNO über Multilateralismus reden, sind sehr auf den eigenen Nationalstaat fixiert. Wenn die in den letzten Jahren vielfach geäußerte Kritik an den USA, sie handelten nicht multilateral genug und nicht ihrer globalen Verantwortung gemäß, berechtigt war, dann sollten auch andere aufsteigende Mächte an dieser Richtschnur gemessen werden. In diesen Ländern sind, teilweise nach langer Kolonialzeit, eigenständige politische Kulturen entstanden. Daraus entsteht auch eine eigene Verantwortlichkeit. Auch um diese einzufordern, ist ein europäisch-amerikanisches Zusammenwirken sinnvoll.

Jackson Janes: Meiner Ansicht nach geht es nicht darum, unsere *Werte* in die ganze Welt zu exportieren. Wir sollten einfach versuchen, unsere Gesprächspartner zur Erkenntnis ihrer eigenen *Interessen* zu bewegen. Wir könnten etwa mit Nordkorea – trotz dessen nuklearer Bewaffnung – über dessen Interessen reden, ohne gleich zu verlangen, dass eine Demokratie nach britischem Muster eingerichtet wird. Wir können uns nur bemühen, Konfliktparteien an einen Tisch zu holen, sei es aus Nahost, aus Afrika oder China, um gemeinsame Interessen und Probleme anzupacken. Das ist die Kunst der Diplomatie, und wir haben mit dem neuen Präsidenten eine Chance, die Hand auszustrecken. Ob wir einen Präsidenten in Teheran oder böse Leute in Sudan überzeugen können, ist noch offen. Am Ende des Wegs steht nicht eine neue UNO, eine neue globale Regierung, sondern *governance*, Regierungsfähigkeit. Wenn das nicht gelingt, ist eine Zersplitterung die Folge, und damit ist dann eine Chance vertan. Ich hoffe, dass Obama hier deutliche Zeichen setzen kann.